

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Genuss Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Postfachkonto: Leipzig 21268.
Groschke Riesa Nr. 52.

Nr. 227.

Mittwoch, 29. September 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustelgebühren, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühren. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 4. Seite des Tagesblattes 1.10 Mark, Kreispreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 30%, Ausschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Kasse Carlisle. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verzehnjährige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Erdbur Gähnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Das weitere Umschlagreifen der Maul- und Klauenseuche hat eine bedeutend geringere Milchanklieferung zur Folge.

Nach Bedarf des Ernährungsausschusses wird deshalb folgendes bestimmt:
Es erhalten ab 11./10. bis auf weiteres an Vollmilch täglich
1. Kinder im 1. Lebensjahr nur 1 Liter,
2. Kinder im 2. Lebensjahr nur 1 Liter,
3. Kinder im 3. u. 4. Lebensjahr nur 1 Liter,
4. Kinder im 5. u. 6. Lebensjahr nur 1 Liter,
5. Schwangere Frauen 1 Liter,
6. Stillende Frauen 1 Liter,
7. Personen über 70 Jahre 1 Liter.

Zur Verhütung von Erkrankungen ist die Milch nur in abgekochtem Zustand zu genießen.

Großenhain, am 27. September 1920.
37511V.
Der Kommunalverband.

Auf Blatt 586 des Handelsregisters sind heute bei am 12. August 1920 begonnene Kommanditgesellschaft Blümen-Industrie Gröbgen & Co. in Wältsch, der Fabrikdirektor Heinrich Gröbgen in Scheubitz als persönlich haftender Gesellschafter und 3 Kommanditisten eingetragen worden.

Amtsgericht Riesa, den 28. September 1920.

Die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen des Kaufmanns O. W. Zeuris in Riesa, Carolafstraße 11 — Bekanntmachung vom 11. August 1920, Nr. 186 des Rieser Tageblattes vom 12. August 1920 — ist erloschen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 28. September 1920. Abf.

Derliches und Sächliches.

Riesa, den 29. September 1920.

* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtv. Louis Schneider und Soebe. Als Vertreter des Rates waren Herr Bürgermeister Dr. Schneider und Herr Stadtrat Kern anwesend. Der Zuschauerraum war leer. Die Sitzung leitete Herr Vorkteher Romberg.

1. Ankauf von Verbandkassen usw. Der Hauptverband der Ortskrankenkassen Deutschlands hat ein vorteilhaftes Angebot in Gebrauchsgewandten und Verbandstoffen, die er aus Verresbeständen aufgekauft hat und an Krankenkassen und Krankenhäuser abgibt, gemacht. Der Preis ist zum Teil um 100 Prozent niedriger als im Handel. Der Krankenhaus-Ausschuss hat beschlossen, von dem Angebot Gebrauch zu machen und von den Verbandstoffen und Gebrauchsgewandten für das Krankenhaus für 23137.80 Mk. anzukaufen. Die Kostenumme soll je zur Hälfte auf den diesjährigen und nächstjährigen Haushaltsplan übernommen werden. Der Rat hat dem Ausschussbeschluss zugestimmt. Das Kollegium beschloß in gleichem Sinne.

2. Erhöhung der Vergütung für die Schwestern im Krankenhaus. Der ev. Diakonieverein in Reichenhain hat ein Schreiben an den Rat gerichtet, worin er um Erhöhung der Vergütung für die Schwestern im Krankenhaus, die von ihm gestellt werden, auf 3600 Mk. für jede angestellte Schwester und 600 Mk. für jede Schülerin bittet. Der durch den Mehraufwand bedingt sich auf 10745 Mk. Der Krankenhaus-Ausschuss hat beschlossen, die Vergütung für die Oberschwester auf 4000 Mk. für jede angestellte Schwester auf 3500 Mk. und für jede lernende Schwester auf 600 Mk. festzusetzen. Der Rat ist diesem Ausschussbeschluss nicht beigetreten, sondern hat beschlossen, die Vergütung für jede angestellte Schwester auf 3600 Mk. und für jede Schülerin auf 600 Mk. zu bemessen. Die Oberschwester besser zu bezahlen, überläßt er dem Diakonieverein. Das Kollegium stimmte dem Ratsbeschluss zu.

3. Abhaltung eines Wasserkurses in Dresden. Der Verband Deutscher Licht- und Wasserfachbeamten hält demnächst in Dresden einen Wasserkurs ab und hat dem Rat anbegehrt, einen technischen Beamten zu dem Kursus zu entsenden. Auf Grund der bei einem gleich in Zwickau abgehaltenen Kursus gemachten Erfahrungen ist der Besuch empfehlenswert. Der Rat hat beschlossen, Herrn Wasserwerksdirektor Junge, der sich zur Teilnahme an dem Kursus bereit erklärt hatte, abzuordnen und den Kursusbeitrag von 200 Mk. sowie die anderen Ausgaben zu bewilligen. In der Aussprache kam die Meinung zum Ausdruck, daß nach dem Bericht über den Zwickauer Kursus anzunehmen sei, daß der Kursus sich mehr für Angestellte der Wasserwerke als für die mit höheren Qualitäten ausgestatteten Leiter dieser Anlagen eigne. Es wurde daher beschlossen, dem Ratsbeschlusse zwar zuzustimmen, aber dem Rats anbegehren, Erörterungen darüber anzustellen, ob der Kursus wirklich von Wert für die Fortbildung des Direktors ist, oder ob sich die Abordnung eines anderen Beamten empfiehlt.

4. Umsetzen von Oefen im Kontorgebäude der früheren Riegelei Wölflis. Der Feldbüter Beger, der jetzt das Gebäude bewohnt, hat in einer Eingabe darauf aufmerksam gemacht, daß in der Küche und Stube die Oefen schadhaft sind und der Herstellung bedürfen. Das Stadtbauamt hat die Mängel anerkannt und die Kosten für das Umsetzen der Oefen auf 400 Mk. veranschlagt. Dem Ratsbeschlusse, die Arbeiten vornehmen zu lassen und die Kosten zu bewilligen, stimmte das Kollegium zu.

5. Gehaltszahlung an die Lehrerschaft der Oberrealschule. Der Rat hat beschlossen, für Oktober die Gehaltszahlung an die Lehrerschaft der Oberrealschule gemäß dem Beschlusse vom 24. August d. J. vornehmen zu lassen. Das Kollegium trat diesem Ratsbeschlusse bei. Ferner stimmte das Kollegium einem Antrag Schulrat und Lehrer zu, wonach 1. die Gehaltszahlung solange gemäß dem Beschlusse vom 24. August d. J. erfolgen soll, bis die Besoldung der Lehrer an der Oberrealschule endgültig geregelt ist und 2. dem Rats anbegehren wird, auf Wunsch der Lehrerschaft der Oberrealschule jetzt schon wenigstens die Hälfte der ihr zustehenden Nachzahlungen auszugeben.

6. Mitteilungen. Auf eine in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen erfolgte Beschwerde bin hatte der Rat in einem Schreiben an die Amtshauptmannschaft diese darauf aufmerksam gemacht, daß es als besonders aufreißend empfunden werde, daß Griech auf Briefkarten nicht zur Verteilung komme, während er im freien Handel zu haben sei. Die zur Verteilung kommenden Briefkarten könnten als Griech für Griech nicht gelten. Die Amtshauptmannschaft hat in ihrer Antwort die Beschwerde als berechtigt anerkannt, aber bedauert, den gewünschten Wünschen nicht nachkommen zu können. Sie werde erst Ende September Griech zugewiesen erhalten, der dann in der ersten Woche des Oktober zur Verteilung gelange. Was den marktfreien Griech anbelange, so handle es sich um ein Auslandsprodukt, das im freien Handel angeboten werde.

7. Verschiedenes. Herr Stadtv. Schönborn brachte die

Kartoffelversorgung zur Sprache. In unserer Stadt könne von einer Kartoffelnot gesprochen werden. Die Lage sei ernst. Zu der Wohnbevölkerung mache sich eine große Erregung bemerkbar, und es sei den Händlern bereits mit dem Einklagen der Schaulenker gedroht worden. An den Rat sei die Frage zu richten, was habe er getan, um die Bewohnerschaft mit Kartoffeln zu versorgen und um eine Senkung der Kartoffelpreise herbeizuführen. Herr Bürgermeister Dr. Schneider erwiderte, daß zunächst darauf hingewiesen werden müsse, daß die Kartoffelverarbeitungsindustrie aufgehoben sei, so daß die Behörden der inneren Verwaltung keine Verpflichtung und vor allem keine Möglichkeit mehr hätten, die Kartoffelversorgung wie bisher in die Hand zu nehmen. Das sei doch wohl allgemein bekannt. Die Kartoffelnot sei nicht nur in Riesa vorhanden, sondern auch auswärts. Das hänge mit Verhältnissen zusammen, wie sie sich durch verschiedene Umstände herausgebildet hätten. Die Kartoffelernte sei bei uns noch nicht beendet, weshalb die Landwirte einen Ueberblick darüber, wieviel Kartoffeln sie abliefern könnten, noch nicht hätten. Eine Verzögerung der Ernte sei auch durch die Maul- und Klauenseuche verursacht worden. Soweit Kartoffeln aufgekauft worden seien, sei es auf Grund einer reichsgesetzlichen Bestimmung geschehen, wonach der Bedarf für die versorgungsberechtigte Bevölkerung durch Lieferungsverträge sicherzustellen sei. Die Aufbringung dieser Vertragskartoffeln sei die Voraussetzung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft gewesen. Die Tatsache, daß für diese Kartoffeln den Landwirten ein abnorm hoher Preis ausbezahlt worden sei, habe dazu geführt, daß sich die Landwirte in großem Umfange an der Lieferung dieser Vertragskartoffeln beteiligt hätten und nun noch nicht überleben könnten, ob sie außer diesen Vertragskartoffeln noch Kartoffeln übrig hätten zum freien Verkauf. Als feinerseit diese Reichsverordnung erlassen worden sei, sei gefragt worden, daß wenn der durch Lieferungsverträge zu deckende Bedarf sichergestellt sei, von einer weiteren Zwangswirtschaft der Kartoffeln abgesehen werde. Um die Sicherstellung zu erreichen, sei im § 2 der Reichsverordnung angeordnet worden, daß sich die landwirtschaftlichen Betriebe je nach ihrer Größe und der Kartoffelbauaufgabe zwangsweise an der Lieferung zu beteiligen hätten. Infolgedessen habe auch das hiesige Mittergut 2400 Zentner Vertragskartoffeln gemeldet. Der Kommunalverband habe damals bei der Stadt angefragt, ob sie Vertragskartoffeln für die Bevölkerung sicherstellen wolle. Die Stadt habe sich verpflichtet müssen, daß sie alle angemeldeten Kartoffeln abnehme, und zwar den Betrag zu 31.75 Mk. pro Zentner, falls die Stadt berechnet, daß wenn sie die Kartoffeln sicherstellen wolle, sie 1232065 Mk. hierfür hätte ausbringen müssen. Sie hätte das Geschäft nur machen können, wenn sie von den Bestellern die Zustimmung erhielt, daß sie auch ihrerseits die Kartoffeln abnehmen würden. Die Stadt sei gemeinsam mit Gröbba vorgegangen und habe eine Aufforderung an die Wohnerschaft erlassen, ihren Bedarf anzumelden. Der Preis sei auf 35 Mk. für den Zentner berechnet worden. Es sei darauf hingewiesen worden, daß alle Besteller sich verpflichten müßten, die bestellten Kartoffeln auch abzunehmen. Ferner sei zur Bedingung gemacht worden, daß eine Anzahlung pro Zentner gemeldet werde. Insgesamt seien damals 263 Zentner angemeldet und davon hinterher einige Zentner wieder rückgängig gemacht worden. Diese geringe Menge sei von der Stadt angemeldet worden. Wer seinen Bedarf nicht angemeldet habe, müsse die Kartoffeln im freien Verkehr be-

Steuerabzug von Gehalt und Lohn.

Arbeitgebern (Privatpersonen, Firmen, Behörden), die den von ihnen zu bewirkenden Steuerabzug von Gehalt und Lohn nicht durch Verwendung von Marken, sondern durch unmittelbare Einzahlung im Wege der Verrechnung bewirken wollen, steht hierfür die Gemeindegroßkasse zur Verfügung. Arbeitgeber, die sich ihres bedienen, können hierbei einen vereinfachten Vordruck benutzen. Dieser ist bei der Großkasse erhältlich; sie erteilt weitere Auskunft.

Gröbba (Elbe), am 29. September 1920.

Die Gemeindegroßkasse.

Bierdeckel- und -wurftverkauf bei Herrn Albert Mehlhorn in Gröbba

am Donnerstag, den 30. September 1920, nachm. von 2—4 Uhr auf die Grünern von 501—700 der roten Ausweisfarbe.

Gröbba (Elbe), am 29. September 1920.

Der Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Bahnstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40.

Offene Stellen für: mehrere Dienst- und Hausmägde mit und ohne Stallarbeit, 2 Heizungsmonitore, 1 Armaturschlosser, 2 Böttcher, 1 Herren- und Damen-Schneider, 1 Handlungsgeliebten aus der Schuhwarenbranche, 1 Handlungsgeliebten aus der Eisenwarenbranche (perfekt in Buchschlag und Werkzeug, 20—22 Jahre alt).

Die Geschäftsstelle wird ab 1. Oktober d. J. wie folgt festgelegt: Montags bis Freitags von 8—3 Uhr durchgehend, Sonnabends von 8—2 Uhr durchgehend.

schaffen, das sei allen klar gewesen. Die Sicherstellung der in der Reichsverordnung verlangten Vertragskartoffeln sei erfolgt und die Kartoffelzwangswirtschaft nunmehr aufgehoben worden. Für die Stadt bestehe also keine Verpflichtung mehr und auch keine Möglichkeit, die Kartoffelversorgung vorzunehmen. Sonst müsse sie Kartoffelhandel treiben, was große Nachteile haben würde, denn dann müsse sie die Preise zahlen, die durch die unglückliche Reichsverordnung festgelegt worden seien. Jeder Kartoffelergauer halte sich an den vom Reich festgelegten hohen Kartoffelpreis, obwohl von vielen Landwirten ausgehend werde, daß der Preis entschieden zu hoch sei. Die Stadt habe aber noch ein weiteres getan, indem sie außer den 263 Zentnern Vertragskartoffeln noch weitere 2000 Zentner gemeldet habe, und zwar ebenfalls zum Preise von 31.75 Mk. Diese 2000 Zentner seien aber lediglich als Reserve für die Monate April bis Juli gedacht oder für den Fall, daß einmal aus irgendwelchen Gründen eine Stockung in der Zufuhr eintritt. Wegen der Preisbildung seien von der Preisprüfungsstelle Schritte unternommen worden. Es habe eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaftlichen Vereine zu Riesa, Rödera und Umgebung, Jahnshausen und Stauditz stattgefunden. Die Vertreter der Landwirtschaft haben hierbei zum Ausdruck gebracht, daß die Frage der Preisfestsetzung noch nicht spruchreif sei, da erst die Ernte abgemäht werden müsse. Sie wollen in ihren Vereinen darauf hinwirken, daß die Landwirte des Bezirks sich möglichst niedrige Preise zutommen und erklärten sich bereit, über den Erfolg der Preisbildung zu berichten. Das Landespreisamt habe ebenfalls mit der Frage beschäftigt und habe seine Ansicht bekannt gegeben. Es sei der Meinung, daß die Landwirte die vertragsmäßig gelieferten Kartoffeln mit 30 Mk. pro Zentner würden bezahlt werden müssen, denn die Verträge müßten gehalten werden. Es könne nur versucht werden, zu erreichen, daß die übrigen Kartoffeln zu einem niedrigeren Preise abgegeben würden. Es sei bedauerlich, aber es müsse ausgesprochen werden, daß das Reich schuld daran sei, daß die Kartoffeln verteuert worden seien. Im übrigen müsse, nachdem die Kartoffeln knapp geworden seien und unser Mittergut nicht überall ausbilden könne, versucht werden, daß wir durch Verhandlungen mit Erzeugern Kartoffeln in die Stadt bekommen. Für die schlimmsten Fälle habe das Mittergut ausgeholfen, es sei jetzt aber nicht mehr in der Lage, Kartoffeln in großen Mengen abzugeben. Zum Schluß ging Herr Romberg noch auf die in der Stadt umlaufenden Gerüchte ein. Es werde behauptet, die Kartoffeln könnten auf dem Lande nicht bezogen werden, weil ein hiesiger Händler sie aufgekauft habe und nach Berlin liefere. Das sei ein Märchen. Die Kartoffel-Großhandels-Gesellschaft habe auch in Riesa einen Kommissionshändler bestellt, der wieder Unterkommissionäre bestellt habe. Diese hätten nichts weiter gemacht, als die Verträge über die Vertragskartoffeln abgeschlossen. Sie hätten nicht darüber zu verfügen, wo die Kartoffeln hinkommen, das bestimme die Berliner Stelle. Nach Riesa würden von diesen Vertragskartoffeln nur die angemeldeten 263 Zentner kommen, außerdem die Reserve von 2000 Zentnern. Es sei vollständig unrichtig, wenn gewisse Händler in der Stadt behaupten würden, daß sie an der Kartoffelnot schuld seien. Sie hätten nur das getan, was ihnen aufgetragen worden ist vom Reich, nämlich mitzuwirken an der Sicherstellung der Kartoffeln. Es sei versucht worden, ob Händler nicht Kartoffeln für uns heranschaffen könnten. Die Händler erklärten, wo wir hinkommen, heißt es: Preis 30 Mark. Wenn wir diese Kartoffeln herein, heißt es: Wucher. Solange wir den Erzeugern nicht der Aufbau des Preises erfolgt sei, solange werde es für die Händler schwer sein, Kartoffeln hereinzubringen. Herr Stadtv. Schönborn erklärte sich von der Antwort des Herrn Bürgermeisters nicht befriedigt. Es sei nicht zu verstehen und nicht richtig, wenn er sage, ich habe die von reichsmäßig angeordnete Sicherstellung versucht, eine weitere Verpflichtung habe ich nicht. Es seien schwerwiegende Gerüchte im Umlauf und der Rat werde angegriffen, sobald Aufklärung notwendig sei. So werde behauptet, Gröbba sei beauftragt, 10000 Zentner für die Stadt sicher zu stellen und sei nicht in der Lage, vor Beendigung der Ernte Kartoffeln im freien Handel abzugeben. Die Bevölkerung müsse sich an irgend eine Stelle wenden können, die Abhilfe schaffen müsse. Der Rat müsse mehr Kartoffeln aus den Beständen des Mitterguts zur Verfügung stellen. Der Kartoffelpreis müsse herabgesetzt werden. Die Erregung in der Wohnerschaft werde schließlich noch in Ausschreitungen ausarten. Es soll schon vorgekommen sein,

das sich Rubel zusammengerotzt hätten, die sich selbst Kartoffeln geholt haben. Das Verhalten der Händler sei nicht immer richtig. Einer solle geduldet werden: Die Kartoffeln werden schon noch gekauft werden, wenn sie noch teuer sind. Auf die Landwirte müsse eingewirkt werden, daß die Kartoffelpreise herabgesetzt werden. Herr Stadts. Mag. Schneider bemerkt, daß die Lage als sehr ernst angesehen werden müsse. Die Erzeugung sei sehr groß. Das Gewicht über die 10000 Zentner müsse richtig gestellt werden. In Dresden solle Grubbe einem Landwirt 35 Mark für den Zentner geboten haben. In allen Geschäften seien keine Kartoffeln zu haben. Kartoffeln aber seien da. Ein Landwirt habe ihm erklärt, es sei eine reiche Kartoffelernte zu erwarten, und wenn es nach ihm ginge, würde jeder seine Kartoffeln bekommen. Anderwärts seien die Stadtwirtschaften ganz anders vorgegangen. Der hohe Preis sei jedenfalls auf Betreiben der Landwirte festgesetzt worden, denn diese würden bei der Festsetzung gehindert worden sein. In die Reichsregierung müsse ein Protest abgeleitet werden, worin die Herabsetzung des Preises gefordert werde. Die seitens der Geschäftsleute gehandelt werde, habe man kürzlich festgestellt können. Trotz der Festsetzung von Preisen für Birnen und Äpfel habe ein Geschäftsmann bekannt gegeben, daß er Äpfel und Birnen zu den höchsten Preisen laufe. Da sei es kein Wunder, wenn andre Geschäftsleute, die sich an die festgesetzten Preise hielten, kein Obst bekämen. Die Frage der Ernährungsverhältnisse möge man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß Herr Schönbörn ihn mißverstanden habe, wenn er meine, daß der Rat nichts tun wolle. Der Rat wolle weiter vorgehen und mit den Landwirten verhandeln. Vom Rittergut sei ausgeholfen worden, nun müsse versucht werden, von anderen Landwirten Kartoffeln heranzubekommen. Dem Rate sei nichts davon bekannt, daß Grubbe Auftrag bekommen habe, 10000 Zentner für die Stadt anzukaufen. Das sei ein Märchen. Grubbe habe lediglich die Verträge an 30 Mark für den Zentner abgeschlossen. Wer es verdinge, könne sich ja die von Grubbe ausgeleitete Belohnung von 1000 Mark verdienen. Auf Grubbe und die Händler sei eingewirkt worden, möglichst viel Kartoffeln nach Meisa heranzubringen. Durch die Verabredung der Ernte und weil die Landwirte nicht übersehen könnten, was sie zur Verfügung haben, habe die Lage sich verbessert. Sie werde sich bessern und (Redner) lege sie so sehr schwarz nicht an. Durch das Einschlagen von Fensterscheiben werde allerdings auch nicht ein Zentner Kartoffeln mehr nach Meisa kommen. Im übrigen sei er sich klar, daß wir demüht sein müßten, dem Notstand abzuwehren. Aber erst müßten die Landwirtschaftlichen Vereine auf ihre Mitglieder einwirken. Wegen des hohen Preises habe der Rat schon vor langer Zeit einen Protest an das Wirtschaftsministerium abgeleitet. Man habe sich auch bemüht, den Preisabbau beim Erzeuger herbeizuführen, der allein dann führen könne, den Händler die Möglichkeit zu bieten, Kartoffeln zu beschaffen. Inwieweit wir noch Kartoffeln aus der Umgebung bekommen, sei nicht zu übersehen. Grabe an die Einwohnerlichkeit die Aufforderung, daß diejenigen sich melden, die sich einkufen wollen, so würden sich wieder Unzulänglichkeiten melden, aber wenn sie die Kartoffeln abnehmen sollten, dann lasse man die Stadt im Stich. Herr Stadts. Schönschlag hofft, daß die Landwirte den Vorkurs des Rats und der Preisprüfungsstelle nachkommen. Es müßte festgestellt werden, welche Leute die Kartoffeln zu einem billigeren Preis bekommen könnten. Er verwies ferner auf den Ruf des Landeskulturrats zur Lieferung von billigen Kartoffeln für die Mühlereimittelten. Herr Stadts. Hofmann sieht nach den Verhandlungen der Preisprüfungsstelle mit den Landwirten in der Sache ziemlich schwarz, auch hinsichtlich der Kartoffelerzeugung selbst. Ob es möglich sein werde, aus unserem Bezirk genügend Kartoffeln herauszuschaffen, sei noch ungewiß. Es sei berichtet worden, daß die Kartoffelernte nicht so reich ausfallen werde, wie angenommen wird. Der Preiswuchs beeinträchtigt das Ergebnis, es werde viel gekostet und auch über das Aussehen der grauen Mode werde berichtet. Die Landwirte hätten bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Lieferungsverträge abgeschlossen. Im freien Handel werde nicht viel abzugeben werden können. Es bleibe also nichts weiter übrig, als die Kartoffeln von auswärts heranzuschaffen. Es sei zweifellos, daß wir vor einer großen Gefahr stünden. Die Landwirte müßten von den Lieferungsverträgen entbunden werden, wenn sie den hiesigen Bezirk beliefern sollen. Außerdem müsse ein unbedingtes Brennereiverbot erlassen werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider bemerkt noch, daß die Amtshauptmannschaft angefragt habe, wieviel Kartoffeln die Stadt für die Notleidenden benötige, für die nach einem Aufruf des Landeskulturrates die Landwirte Kartoffeln zum Preise von 20 Mark abgeben sollen. Die Stadt hat 2000 Personen angemeldet. Eine Beschränkung des Brennens der Kartoffeln sei bereits angeordnet. Was die Verteilung der Kartoffeln anlangt, so werde sie nicht möglich sein. Sie könne nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen der Kartoffel-Großhandels-gesellschaft und den Landwirten geschehen. Herr Stadts. Hofmann bemerkt, daß nicht nur eine Beschränkung der Brennerer, sondern ein vollständiges Verbot notwendig sei. Das Kollegium überließ es dem Rat, im Sinne der in der Aussprache gegebenen Anregungen bei der Reichsregierung vorzuschlagen zu werden.

Schluss der Sitzung 7/7 Uhr.

Künstlerische Schaubühne. — **Fahrmarkt in Pulsnitz.** Der Schwanz Walter Varian's, der Einzelgänger längst bekannter Bühnenwerke auf den Brettern zusammenführt, dabei aber in völliger Eigenart, scharfem Satirismus und zuweilen auch in nicht mißzuverstehendem Ernste den von der bildenden Kunst oft geklachten Dions der beiteren, ungebundenen Lebensfreude dem kultischen Dions der natürlichen und Überkände bewohnenden Triebkraft gegenüberstellt, fand gefehlt, wie nach den vorausgegangen Aufführungen der Künstlerischen Schaubühne nicht anders zu erwarten war, ein ganz vorzügliche Wiedererlebung durch die treffliche Künstlerin, die Maximus Meno um sich geschart hat. Das Zusammenspiel war trotz der oft in derben Strichen gezeichneten, oft wieder lose gereihten Szenen der Dichtung hervorragend. In erster Linie der Darsteller fanden und handelten Maximus Meno als zu modernem Dionysischen Leben erwachender Ahmann, Franziska Meno-Gilbert als mit einem guten Teil Lebensphilosophie ausgehärtete Haushälterin Charlotte und Robert Zimmermann als Kaiserlicher Wächter, der — und das sei besonders anerkannt — in der Interpretation der heimlichen Mordart nicht übertrieb. Besonders Interesse erweckte ohne Zweifel bei einem großen Teile der Zuhörer Charlotte Friedrich als glaubhaft dargestellte Regentin in V. Im Kartell und auf der Galerie amüsierte man sich weidlich, schloß aber auch verständnisvoll und ernst, als Ahmann über die sittliche Forderung der Arbeit fernige Worte sprach. Der Saal war dichtgefüllt, die Zustimmung der Hörer herzlich, edel und wohlverdient. **S.**

Konfirmandenunterricht. Aus Anlaß der „Verichtigung“ in der gestrigen Nummer werden wir von dem ev. luth. Stadtpfarrer um den Abdruck folgender Zeilen gebeten: „Abgesehen ist bis auf weiteres die in Nr. 224 angeführte landesrechtliche Bestimmung, nach der die Voraussetzung für die Zulassung zur Konfirmation in a. d. ev. luth. Religionsunterricht ist. Diese Bestimmung ist aus der Erwägung heraus getroffen worden, daß der als Ersatz für den ev. luth. Unterricht in Aussicht genommene gemeinschaftliche Unterricht (der sichtlich-religiöse Unterricht) den Kindern in religiöser Hinsicht nicht das leisten kann, was der Konfirmandenunterricht voraussetzen muß. Die Kinder, die sich jetzt im Konfirmandenunterricht befinden, werden vornehmlich konfirmiert werden, auch wenn sie nach dem Willen der Eltern am sichtlich-religiösen Unterricht teilnehmen müßten, denn sie haben bis Oktober 1920 und zum Teil bis jetzt ev. luth. Religionsunterricht gehabt.“

„Mehrere evangel.-luth. Eltern“ aus Gröba erliegen und ferner um Aufnahme folgender Berücksichtigung: „Der Hinweis auf die landesrechtliche Bestimmung vom 20. Februar 1920, die verbotlich die Zulassung in Konfirmation, unsere Kinder nicht zu konfirmieren, wenn wir sie vom konfessionellen Religionsunterricht ausnehmen der sichtlich-religiösen abmelden, muß in vielen evangel.-luth. Eltern das Gefühl der Erbitterung wachrufen. Wenn wir uns für die sichtlich-religiösen abmelden, so entscheiden wir uns aus erzieherischen Gründen dafür. Wir können uns nicht von landesrechtlichen Bestimmungen leiten lassen. Wenn unsere Kinder getauft sind, wenn wir mit unserer ganzen Familie Angehörige der Kirche sind, wenn wir Kirchensteuer zahlen — sie werden in Zukunft recht hoch sein —, dann haben wir auch das Recht zu fordern, daß unsere Kinder konfirmiert werden. Das hat mit der Teilnahme des Kindes an der sichtlich-religiösen nicht das geringste zu tun. Unsere Kirche hat dann einfach die Pflicht, außerhalb der Schule Vorbereitungsunterricht für die Konfirmandenunterricht einzurichten. Dann sind die landesrechtlichen Bestimmungen ebenfalls erfüllt. Es ist eine dankbare Aufgabe des Volkstümlichen Landeskongresses, die Kirche auf diese Pflicht aufmerksam zu machen im Interesse der Kirche selbst.“

„In unserer Stadt laufen Gerüchte um, daß Angehörige der sächsischen Landespolizei unredliche Handlungen begangen haben.“ Es liegt hier auf der Hand eine Verwechslung mit Mannschaften des letzten Wachkommandos Meisa vor, die keineswegs Beamte und nicht Angehörige der Sächsl. Landespolizei sind. Wie wir erfahren, ist die Sächsl. Landespolizei zuerst auf dem Truppenübungsplatz Reichen in der Aufstellung und Ausbildung begriffen. Da sie im Laufe des Oktober nach hier verlegt wird, erachten wir es für doppelt notwendig, darauf hinzuweisen, daß die hier verbreiteten, das Ansehen der im Entstehen begriffenen Landespolizei schädigenden Gerüchte unmaßgeblich sind.

„Abkündigung des Konzerts.“ Nachdem bereits die Artikel Meisa verlassen hat, schreibt nun auch das Reichswehr-Ministerial-Büro, Nr. 19 von uns. Am gestrigen Abend gab Herr Obermusikmeister Kaiser im Sternsaal sein Abkündigungskonzert. Leider war der Saal anfangs nur schwach besetzt. Erst gegen das Ende des Konzerts zu füllte er sich, was aber eine ganz empfindliche Störung verursachte. — Das Konzert war in allen seinen Teilen außerordentlich gelungen, wie man es von der aut-diffinierten Kapelle ja auch garnicht anders gewöhnt ist. An der Spitze des weitläufigen Programms stand Mendelssohn's „Hochzeitsspiel“, der prächtig gespielt wurde. Man denke nur an die prägnanten Einleitung, an den schönen Klavierchor! Den Höhepunkt des ersten Teiles bildete ein Klavierkonzert von Demerskötter, dessen wunderbaren Soloteil Herr Obermusikmeister Kaiser selbst alänzend vollführte. Im zweiten Teil, eingeleitet durch die Ouvertüre zu Schubert's „Rosamunde“, spielte Herr Wolf, ein Mitglied der Kapelle, mit blendender Technik ein Militärmarsch für Violine und Violoncello. Garbada aus „Coppelia“ und Lehars „Waiser, Gold und Silber“ leiteten zum Tausch über. Heider Beifall folgte allen Darbietungen. Wohl alle muskelliebenden Einwohner Meisa's haben Herrn Obermusikmeister Kaiser, der sich mit seiner Kapelle gern in unregelmäßiger Weise in den Dienst einer guten Sache stellt, der durch seine Vorträge und Konzerte vielen so manche genutzliche Stunde bereitet, nur ungerne verabschiedet.

„Künstlerische Schaubühne. Dentist Jörn: „Nora.“ Deute Wittmoos wird das berühmte Werk des schwedischen Dichters Strindberg zur Aufführung gelangen. Lang und heftig tobte einst der Streit für und wider die (angeblich einseitige) Tendenz, die man dieser Dichtung — fälschlicherweise unterziehen zu müssen glaubte. Die Verurteilung der eigentlichen Idee war umso begründeter, als auch der Titel, den das Stück in der ersten deutschen Uebersetzung trug und selber bezeichnend, auf einem Irrtum beruhte. Das Schauspiel heißt nämlich gar nicht „Nora“, sondern „Ein Puppenheim“. So wenig es äußerlich den Anschein haben mag, ist der Name der Frau und ihr individuelles Schicksal im Grunde doch gleichgültig. Nichts ist dem Dichter ferner als die „unverstandene Frau“ über gar wie man auch gerne herauslesen wollte) die Frau an sich — im Gegenstand zum Mann — zu verurteilen. Dieser Auffassung widerspricht allein schon die Tatsache, daß Nora ja erst im dritten Akt, erst unter dem Einfluß der Ereignisse, und zwar ganz naturgemäß und logisch zu dem genannten Puppenheim wandert. Er hätte, was sehr wohl denkbar ist, sogar die Rollen vertauschen und an Stelle der Frau den Mann zum Träger der Idee machen können, wenn dieser Gestaltung neben geringerer Wahrscheinlichkeit nicht auch künstlerische Rücksichten entgegengekommen wären. Das Wesentliche sah Jörn eben überhaupt nicht im Charakter der zwei Persönlichkeiten, die im Mittelpunkt der Handlung stehen. Was er beabsichtigte und treffen wollte, ist das Zusammenleben der beiden: ein Verhältnis, das man bei objektiver Beurteilung als eine durchaus normale und wie man so sagen mag, glückliche Ehe bezeichnen muß. Jörn nennt es — ein Puppenheim. — Neben tausend Nichtigkeiten hat Nora einmal in ihrem Leben eine große, stolze Tat getan. Für ihren Mann geizt, der todkrank darniederlag und nur mehr durch eine Keife nach dem Süden gerettet werden konnte. Da die eigenen Mittel hierzu nicht ausreichten, mußte das Geld auf andere Weise beschafft werden. Nora tat es, indem sie eine Unterwelt fälschte. Der Mann, der den gefälschten Schein in Händen hat und von dessen Fälschung weiß, der Adokat Krogstad, hat einst nichts Schlimmeres verbrochen, als was Nora auch getan hat, ist so auf die letzte Bahn geraten und der gesellschaftlichen Achtung verfallen. Von dem ehrlichen Willen befreit, wieder ein anständiger Mensch zu werden, hat er sich aber mühsam emporgeargert und eine untergeordnete Stellung an der Bank erhalten. Dreien Posten hat er nun wieder verloren. Selmer selbst, der neue Direktor, beabsichtigt ihm zu kündigen. Entschlossen, auf Tod und Leben um seine Ehre zu kämpfen, wendet der Mann zum letzten Mittel. Nora soll ihren ganzen Einfluß aufbieten, damit er seine Stellung an der Bank behält. Nora macht den Versuch, sämtlich verarmt, das Unheil abzuwenden. Vergeblich. Krogstad, zum Reuigen getrieben, greift zum letzten Mittel. Ein Brief an Selmer soll diesem die Augen öffnen und alles entdecken. Mit dem offenen Brief in der Hand steht Selmer vor Nora. Und erbeben in Glück und Stolz ringt sich das Geständnis von ihren Lippen: „Es ist wahr, lieber alles in der Welt habe ich dich geliebt!“ — Wuh er nicht wiederfallen, in heiser überquellender Dankbarkeit ihre Arme umfassen, der Mann, für den sie doch alles getan? Selmer und getragen in ihrem Frauenherzen lange bittere Jahre, dieses Schwere und Klüftige zugleich? Mit aller Kraft ihrer Seele glaubt sie daran und ihr Tod allein konnte verhindern, was nun geschehen wird: daß einer alles auf sich nehmen will — die ganze Schuld. Das „Wunderbare“ wäre es, von dem sie geträumt, auf das sie jubelnd geharrt in ihres Herzens heimlicher Tiefe. Altem, das Wunderbare kommt nicht. In sudarbarer Klarheit steht es vor Nora, was ihre Ehe wirklich gewesen ist. — Ein Puppenheim. Und sie die Puppe, sie das Spiel-

zeug für den Mann, der sie nie geliebt hat, dem es nur Spaß machte, in sie verheiratet zu sein. Als es zum ersten Mal darauf ankam, im großen, entscheidungsschweren Augenblicke hat er versagt. Das Letzte und Einzige, das was die Ehe zur Ehe erst macht, das „Wunderbare“ hat ihm gefehlt. Der Obermut einer großen, freien Existenz. Das Ding über die Begriffe des Götzen. Von der Stunde an, die ihr die große Enttäuschung gebracht, hat Torvald Selmer ihre Liebe verloren, ihr Vertrauen verliert — kann der fremde Mann nicht mehr ihr Führer sein, mit dem sie hier acht volle Jahre „ausnahmen gehaubt“ hat. Deshalb kann sie nicht länger mehr bei ihm bleiben. So geht sie denn und verläßt das Haus nach der großen Abrechnung, dem ersten ersten Geschehen, das Mann und Frau miteinander führen.

„Dresdner Landgericht.“ Vor der vierten Strafkammer hatten sich zwei jugendliche, aber besonders dreiste Gaubanditen zu verantworten, die im Monat Juni eine ganze Anzahl verwegener Diebereien verübten. Aus der Untersuchungshaft wurden vorgeführt die beiden aus Dresden gebürtigen Handlungsgehilfen Theodor Kurt Funke, 20 Jahre alt, und Hans Paul Dampel, geboren am 13. Oktober 1902. Nach der Anklageschrift haben die Beschuldigten in mehreren sächsischen Städten und Orten, so auch in Gröba (Großes Gasthof) Zimmer gemietet, und dort die Bettwäsche, Handtücher, Bettvorlagen und Gardinen zusammengepackt und gestohlen. Das Gericht verurteilte die Spähbuben, deren Handlungsweise eine ganz gemeingefährliche sei, und zwar Funke zu einem Jahr neun Monaten, Dampel, der noch minderjährig ist, zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Dem Angeklagten Funke wurden überdies die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

„Sitzung des Verfassungsausschusses.“ In der vorgestrigen Abendigung des Verfassungsausschusses der Volkstammer wurde zunächst die Aufhebung der öffentlichen-rechtlichen Sonderrechte der Häuser Schönburg und Solms-Wildenfels sowie der Provinzialanlagens-Verfassung in der Oberlausitz und der Kreisverfassung in den Erblanden beschlossen und dementsprechend Artikel 45 nach der Vorlage, Artikel 46 unter Vorbehalt anderweiter Formulierung angenommen. Dann wurde eingehend die Frage behandelt, ob in Anlehnung an Artikel 105 der Reichsverfassung nach dem Vorbilde des Reichswirtschaftsrats ein Landeswirtschaftsrat in Sachsen gebildet werden soll, wobei vorgeschlagen wurde, daß der zukünftige Reichswirtschaftsrat des Gebietes Sachsen diesen Landeswirtschaftsrat mit dem in Artikel 165 Absatz 4 Satz 1 und 2 der Reichsverfassung vorgesehenen Beizugreifen bilden soll. Die ganze Frage wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. In der gestrigen Sitzung wurde einstimmig beschlossen, daß in § 42 der Vorlage, der von der Rechnungsprüfung handelt, die Oberrechnungskammer als unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Behörde verankert wird und daß sie in Zukunft Prüfungsbemerkungen und Vorstöße unmittelbar dem Landtage vorlegen soll. Weiter wurde einstimmig beschlossen, daß im Artikel 15 der Vorlage ausdrücklich vorgesehen wird, daß der Landtag und seine Ausschüsse auch die Anwesenheit von Mitgliedern der obersten Rechnungsbehörde verlangen kann, und nicht nur von Mitgliedern der Ministerien. Damit war die erste Lesung des Verfassungsentwurfs beendet. In der nächsten, am Donnerstag vormittag 10 Uhr stattfindenden Sitzung soll mit der zweiten Lesung begonnen werden.

„Die Kapitalertragsteuer.“ In der Öffentlichkeit berührt noch immer Unklarheit darüber, in welcher Weise die Kapitalertragsteuer von Zinsen aus Hypotheken und sonstigen Darlehen zu entrichten ist. Im Hinblick auf den bevorstehenden Einstermin werden die einschlägigen Bestimmungen in Erinnerung gebracht. Der Schuldner hat zehn vom Hundert der geschuldeten Zinsen einzubehalten und für Rechnung des Gläubigers binnen einem Monat an die Kasse, bei der er der Schuldner, seine Einkommensteuer zu entrichten hat, abzuführen. Bei der Abführung des Betrages hat er Namen, Wohnort und Wohnung seines Gläubigers, Kapitalsumme, Zinssatz, Zinsbetrag und die Zeit, für die der Zins gezahlt wird, anzugeben. Die von der Kasse erteilte Quittung erhält der Gläubiger. Ausnahmen hiervon bestehen nur, wenn der Hypotheken- oder Darlehensgläubiger zu dem in § 3 Nr. 1, 2, 3 Absatz 1, 6 des Kapitalertragsteuergesetzes bezeichneten Anfallten (z. B. Reich, Länder, Gemeinden, Sparkassen, Hypothekendarlehen, Versicherungsgesellschaften) gehört. Diesen kann grundsätzlich der Zinsbetrag unverkürzt ausbezahlt werden, wenn dem Schuldner nachgewiesen ist, daß der Gläubiger als befreit im Sinne der genannten Bestimmungen anerkannt ist. Hat ein Schuldner der gesetzlichen Vorschrift gegenüber die Kapitalertragsteuer nicht gezahlt, sondern dem Gläubiger den vollen Zinsbetrag gezahlt, so ist der Gläubiger seinerseits verpflichtet, die Kapitalertragsteuer abzuführen, und zwar an die Kasse, an die er, der Gläubiger, seine Einkommensteuer zu entrichten hat oder zu entrichten hätte.

„Für Halerezeugung.“ In der ersten Verordnung für die Ernte 1920 seine neuen Bestimmungen erlassen worden, es gilt für sie weiterhin noch die Verordnung vom 28. Oktober 1919 in der abgeänderten Fassung vom 20. April 1920.

„Der Kartoffelgroßhandelspreis.“ Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist die sächsische Regierung bei der Reichsregierung vorstellig geworden, daß von dieser aus der von der Inter-Kommision festgesetzte Kartoffelpreis herabgesetzt werden soll.

„Die Jahresversammlung des Evangelischen Bundes am 3. und 4. Oktober in Freiberg.“ Nach dem Leitgedanken: Welchen Anteil hat der Evangelische Bund an der Erneuerungsbewegung unseres Volkes? Sup. lit. Habes-Diak hat die Festrede gehalten. Regierungsrat Raumann-Kunzendorf, der Bruder des verstorbenen Parlamentarier Friedrich Raumann, sprach in der Hauptversammlung über: Evangelischer Bund und Volkstümlichkeit. Auch D. Eberling wird sprechen. Herr Oberbürgermeister Jansch-Schäfers wird besonders auf die gegenwärtigen Aufgaben des sächsischen Landesvereins eingehen. Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß die Eigenart der Evangelischen Bundesarbeit mit ihrer Betonung des Gemeinschaftsgeistes von größter Bedeutung für die Zukunft ist, so, daß sie den allein richtigen Weg zur Volksgesundung einschlägt. Das dürfte auch für die Tagung des Evangelischen Bundes großes Interesse erwecken. Beschäftigt seiner inneren Organisation und Leitung steht der Sachverständigenrat in Freiberg vor folgenden Beschlüssen. Wöchten sie zum Segen des Evangelischen Bundes und des Volkes entscheiden werden!

„Gröba.“ Im Großen Gasthof wird morgen Donnerstagabend ein Lustspielabend von der Reichswehr der hiesigen Volkstümlichkeit, betr. Religionsunterricht, veranstaltet. Es werden die Eltern und Geslieder hierauf nachmalig hingewiesen.

„Gröba.“ In der am Montag in Sitzungssaal der Hauptschule stattgefundenen öffentlichen Sitzung des Schulvorstandes wurden die Herren von Alrod und Lehrer Denz als Mitglieder des Schulvorstandes eingeweiht und vom Vorsitzenden, Herrn Gemeindevorstand Hans, begrüßt. Herrn Lehrer Denz, der freiwillig aus dem Amt ausgeschieden ist, widmete der Vorsitzende Dankesworte für die geleistete Mitarbeit. — Für den geplanten Wohnungsbau im Grundstück Kirchstraße 13 (Lehrerwohnhaus) durch

SLUB
Wir führen Wissen.

Riesa, Höpfners Saal.

Mittwoch, den 8. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
Erstes Operettengastspiel d. Meißner Stadttheaters
 Direktion: Oswald Wolf.

Unter der blühenden Linde

Operette in 3 Akten von Leo Fallner und Ralph Tesmar.
 Musik von Friedrich Sellert.

Preise der Plätze im Vorverkauf:
 1. Sperrpl. M. 7.—, 2. Sperrpl. M. 6.—, 1. Platz M. 5.—,
 2. Platz M. 4.—, Galerie M. 1.75.
 An der Abendkasse auf allen Plätzen 50 Pfa. Zuschlag.
 Vorverkauf durch H. Abendroth (Tel. 138)
 und G. Wittig (Tel. 445).
 Volles Orchester. Volles Orchester.

Vereinsnachrichten

M. V. Jäger und Schützen. Donnerstag, 30. d. abends
 9 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal.
 Chorverein. Donnerstag, den 30. d. M., 8 Probe. Voll-
 jährliches Erscheinen unumgänglich nötig! — 8. Ausgabe
 der Einladungskarten zu den Beethoven-Einführungsabenden.

Bez.-Gruppe Riesa d. Deutsch. Beamt.-B.

Freitag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr im Hotel
 Höpfner, Vereinszimmer
ausserordentliche Mitgliederversammlung.
 T. D.: 1. Heimstättenfragen, 2. Wirtschaftsfragen, 3. Ein-
 kunfts- und Beamtenfragen.

Religionsunterricht betr.

Evangelische Eltern von Gröba, Väter und Mütter,
 wir bitten euch: besucht alle den Aufklärungsabend
 morgen Donnerstag abend 7 Uhr im Gasthof Gröba!
 Laßt euch durch keinerlei Rücksichten abhalten, zu erscheinen,
 um eure Pflicht nicht zu vernachlässigen und zur Klärung der
 wichtigen Sache beizutragen.
 Ortsgruppe Gröba des Volksschulischen Laienbundes.

R. Richters

Extra-Separat-Tanzkursus Riesa.

Der bereits geführte Separat-Kursus beginnt
Anfang Januar 1921.
 Weitere Anmeldungen werden in meiner Wohnung,
 Albertplatz 6, noch entgegengenommen. Prospekte daselbst.
 Hochachtungsvoll
Rob. Richter, Fritz Rühr
 Mitglieder des Bundes Deutscher Tanzlehrer.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
 dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken herzlichst.

Riesa, am 25. September 1920.
 Theodor Knoof u. Frau Alma geb. Mangsch.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
 dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen
 wir zugleich im Namen unserer lieben Eltern
herzlichsten Dank.

Seithain-Moritz.
 Ernst Huger und Frau Martha geb. Thomas.

Ingehört

Die glückliche Geburt eines munteren Mädchens

zeigen in dankbarer Freude an
 Legnig (Schlesien), 28. September 1920
 Waisenstraße 8 I.
 Ingenieur **Arthur Schoeps u. Frau**
 Eise geb. Kupfer.

Anne Flatter Fritz Schulze

geben ihre Verlobung bekannt.
 Riesa, den 30. September 1920.

Für die wohlthuenden Beweise herz-
 licher Anteilnahme beim Hinscheiden
 unseres teuren Entschlafenen sagen
 wir nur hierdurch unseren

innigsten Dank.

Gröba, 29. September 1920.
 Tiefbewegt
Frieda Gaertner geb. Gartenschläger
 und Angehörige.

Der Winter kommt!

Infolge zeitigen Einkaufs empfehle jetzt:
ausserst preiswert

jedoch nur in kleinen Posten:
Woll-, Tuch-, Filz-, Cord- und Wollpantoffeln
 für Kinder, Damen u. Herren M. 29.—, 21.50, 17.50, **13.50**
Kamelhaar-, Loden-, Tuch- und Filzschuhe
 reisende Muster, mollig u. warm, M. 36.—, 28.—, 18.—, **14.50**
Obrenschuhe, Filzschneuliefel mit und ohne Lederleiste
 für unsere lieben Kleinen M. 29.50, 24.50, 18.—, **14.50**

Für die nasse Witterung

Extra starke Rindlederstiefel
 für Herren, Vorknien und Kinder M. 215.—, 175.—, **95.—**
Holzschuhe, äusserst dauerhaft, M. 35.50, 30.50, **27.50**
Schaftstiefel, solide Handarbeit, usw. usw.

N.B. Man lasse sich nicht durch billige Großstadtpreise irreführen. Bei diesen
 Schuhen kommt es nur auf das Äussere an, während bei oben angeführten
 Artikeln hauptsächlich Wert auf gutes Material und prima Arbeit gelegt ist.

Riesa a. G., **Schuhhaus „Fortuna“** Gröba,
 Hauptstr. 39a Georgpl. 9.

Sonntag
3.
 Oktober

Ziehung

Lotterie der Festschule
Loose zu 1 M.
 noch zu haben.
 Gewinne zu
 2000, 1000, 500, 250 M.
 usw. 1 Prämie 500 M.



Rossschlächtere Schützenstr.

Rohfleischverkauf.
 Otto Gundermann.

Dampfbad

Riesa, Mathildenstr.
 Gedönet für Herren und Damen
 Donnerstag, Freitag, Sonnabend
 v. 9-7 Uhr. Sonntag vormittag.

Gardinen

empfehle äusserst preiswert
Arthur Bindig, Polstermöbel
 Bismarckstr. 37 — Telefon 718.

Ihre Kinder,

die kleinsten und die größten, bleiben von Ver-
 dauungsstörungen verschont und ihr Ernährungs-
 zustand bessert sich durch Trebs Sichelkaffee mit
 Malzgehalt. Fragen Sie nur ihren Hausarzt.
 100 gr 4.95 Mk. in allen Apotheken und in
 diesen Drogerien. — Verkäufer: F. Rüdelschel
 & Söhne, Kulmbach.

Sonder-Angebot!

ZIGARETTEN

von 190 Mark an per 1000 aufwärts
M. Glaser, Leipzig 47
 Katharinenstrasse 17. Tel. 3918.
 Gegen Rückgabe dieses Zeitungsausschnittes
 gebe bei jedem 1000 Zigaretten
Ein Paket Strehchölzer gratis!

Ata

reinigt und schenert alle Geräte aus Porzellan,
 Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.
Bestes Scheuerpulver
 für Haushalt, Gewerbe und Industrie.
Vorzüglicher Herdputz.
 Ueberall erhältlich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
 Fabrikanten von Sll und Henkel's
 Bleich-Soda.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie Kopf-, Filz-
 und Kleider-
 f. Brut (Riff), Fläche bei Mensch u. Tier. „Rampoldo“,
 pat. gesch. Mittel. Bund. unschädl. Verkauf in Riesa
 nur Feiler Alfred Böhlig, Hauptstr. 73. Volksw.

Abkündigungsberechtigte Oberfleischler

welcher sich im Auskunfts-
 Kontor bei Paul Veische,
 Solgandlung, a. Schlachthof.

Klavierkammer Reichert

weist vom 30. 9. bis 8. 10.
 in Riesa, Rev. werden gut
 ausgeführt. Aufträge unter
 S N 6798a an Tagebl. Riesa.

Ich kaufe

nur Freitag, 1. Oktbr., von
 8 bis 11 Uhr vormittag,
 zu besonders hohen Preisen

Alte Gebisse

auch ganz alte und zer-
 brochene Teile, eins. Zähne.
 Zahle und |
 pro Zahn bis 12 Mk. mehr!
 Hotel Wettiner Hof, Riesa,
 Zimmer 3, 1. Stock, H. Mesohl.

Beschäftigung in Schneiderei

nimmt in u. außer dem Hause
 an Raif. Wilh.-Platz 5, 1. l.

Mit beliebiger Anzahl, suche Gast- oder Pensionshaus bezw. Haus mit Geschäft

oder wo solches eingerichtet
 ist, zu kaufen. Joh. Hoffmann,
 Weizsig, Katharinenstr. 20.

Wetteres mittelstarkes Arbeitspferd

verkauft **Wocher Nr. 24.**
 6 Begehühner und 1 Gahn
 sind zu verkaufen
 Gröba, Wackerweg 1.

Gähner zu verkaufen.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.
Schwarze Dobermannhündin
 (wachsen und stark) ver-
 kauft **Wähle Wobbe.**

Schwarzer Auszug

mit getreifter Dose, Friedens-
 stoff, noch guterhalten, um-
 ständehalber f. 400 Mk. zu verk.
 Zu erst. im Tageblatt Riesa.

1 Paar lange Gummistiefel

Größe 28, wasserdicht, zu
 verkaufen **Händler Nr. 50.**
**Ein Paar fast neue Militär-
 stiefel, Größe 28 1/2, sowie
 ein Militär-Hut (Eigentum)
 und eine Militär-Waage,
 Größe 5-4, zu verkaufen.**
 Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Ein neuer Zylinder-Flapp- hut ist billig zu verkaufen.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.
2 Tafelwagen
 mit Patentachsen, 25 bis 30
 schwerer Tragkraft, billig zu
 verkaufen. **Paul Schöne,**
 Gröba, Kirchstr. 22.

1 Schaukasten mit Deckel,
 110x84x25 gr., zu verkaufen.
 Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Roggenstroh und Sen

fabren- und waggontweife
 lauft
Max Stolzer,
 Wobbe bei Riesa,
 Fernsprecher: Riesa Nr. 118.

Futterkartoffeln

lauff **Zwed, Thiemer,**
Draefels Heilfahle

bei offenen Beinleiden,
 Krampfadernschmerzen,
 alten Wunden, Schachtel 3.50.
 Fabrikant und Vertreib
Apotheker Draefel, Erfurt.
 Zu haben in Gröba a. G.
 in der Anker-Apothek.

80% Heizmaterial spart wer sich einen Sparkochapparat

„Küchenschau“
 auflegt. Im Gebrauch aus
 Anleitet **Wocher Nr. 79, 1.**

Seife.

Einen großen Posten prima
 Doppelstäb. Toiletten-Seife
 habe ich günstig eingekauft
 u. empfehle dieselbe sehr billig.

S. Grubbe,

Bismarckstr. 35a, Telef. 652.
Heute
Winter-Zwiebeln
 eingetroffen.

Kartoffeln

liegen zum Verkauf u. nimmt
 vorher Bestellungen entgegen
Mikbach, Glaubitz.

Käse

empfehle
 nur
 kisten-
 weise

S. Grubbe,

Bismarckstr. 35a, Telef. 652.
 Morgen Donnerstag früh
ff. Schellfisch
ff. Seehecht.
Clemens Bürger.



Künstlerische Schaubühne

des Sächs.
 Künstlerhilfsbundes.
 Leitung: Maximus Reuß.

Hotel Höpfner, Riesa.

Donnerstag, 30. September
 abends 8 Uhr

Das Kind

Eine Koggenstedter Komödie
 von Ottomar Ringing.
 Preise der Plätze
 für die einzelne Vorstellung:
 Sperrpl. M. 8.20, 1. Platz
 M. 6.20, 2. Platz M. 3.20.
 Vorverkauf
 Buchhandlung Hoffmann,
 Hauptstr., sowie an d. Theater-
 kasse 1 Stunde vor Beginn.
 — Programmblätter abends.

Während eines kurzen Be- suchs bei den Grobheltern verschied unerwartet nach kurzer Krankheit unser liebes beziges

Franken

im zarten Alter von 7 1/2 Jahr.
 Dies zeigen schmerzhaft an
 Kurt Wagner, Bäckermstr.,
 u. Frau Eise geb. Spengler.

J. St. Wegesfahr,
 Post Frankenstein, 28. 9. 20.
 Beerdigung Freitag mittag
 1 Uhr in Wegesfahr.

Die heutige Nr. umfasst
 6 Seiten.

Deutschlands Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Wie das noch über die Fortsetzung der Finanzkonferenz vom Montag meldet, erklärte der französische Vertreter Avenol, daß Frankreich und Belgien die von Brand angeführten Gründe für die französische Politik unüberwindbar halten, aber die französische Delegation glaube sich fernhin nicht befugt, in eine Erörterung von Fragen einzutreten, die die innere Politik betreffen. Sie würde es andererseits begrüßen, wenn man eine einfache Entschlüsselung unterzeichnete, die alle Objekte begründete und erklärte, die in der Debatte behandelt worden seien. Schließlich legten noch die Vertreter Schwedens, Norwegens und der Schweiz ihren Standpunkt zu dieser Erklärung dar, worauf die Sitzung abgebrochen wurde.

Der Bericht der deutschen Delegation.

Rede des Staatssekretärs Bergmann.

mit Brüssel, 28. September.

Gemäß der am Montag beschlossenen Tagesordnung erhaltet die deutsche Delegation heute nachmittags in der Finanzkonferenz den Bericht über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Rede hält Staatssekretär Bergmann. In der Einleitung wird zunächst der Lauf der deutschen Delegation an den Vortrags für die Einleitung zu dieser Konferenz ausgedrückt. Hieran anschließend legt der Sprecher die heutigen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse des Reiches dar. Während Deutschland vor 1913 im ganzen eine Schuld von 5 Milliarden hatte, beträgt die Schuldenlast am 31. August 1920 240 Milliarden Mark. Wir sehen ferner, daß mit dem Ablauf des Rechnungsjahres 1920 die Schuldenlast noch wesentlich höher sein wird, weil der Vorschlag für 1920 einschließlich des voraussichtlichen Ergebnisses der Verwaltungen von Reichseisenbahnen und Post ein Defizit von mehr als 56 Milliarden Mark ergibt. Bei der Prüfung der Mittel des jüngst überreichten rüchlichen Berichtes werden sich bei dem Haushalt für 1920 Übertragungen von den Ziffern finden, die in dem Rapport der Brüsseler Konferenz für die öffentlichen Finanzen Deutschlands angegeben sind. Dies erklärt sich dadurch, daß diese letzten Ziffern auf einen vorläufigen Vorschlag vom April dieses Jahres beruhen. Die Verhältnisse haben sich bisher in einer Weise entwickelt, daß der Vorschlag für 1920 einer starken Umarbeitung unterzogen werden mußte. Der jetzige Bericht enthält die Ziffern, die zur Zeit den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands zur Beschlussfassung vorliegen. Um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, wird gegenwärtig in Deutschland eine Steuerreform größtenteils durchgeführt. Eine große Anzahl neuer Steuern wurde geschaffen, die alten Steuern sind wesentlich erhöht und die bisher den Einzelstaaten belassenen Einnahmequellen, vor allem die direkten Steuern, sind auf das Reich überführt, um Einheitlichkeit zu schaffen und den größtmöglichen Nutzen für die Gesamtheit zu erzielen. Vor allem wird in Deutschland neben dem Einkommen auch der Besitz auf das härteste zur Steuer herangezogen, nachdem schon vorher fast die gesamten Kriegsgewinne vom Reich mit Beschlag belegt wurden. Von den indirekten Steuern ist besonders auf die mit hohen Sätzen ausgestattete Umsatzsteuer hingewiesen. Wenn erst wieder einmal normale Verhältnisse eingetreten sein werden, haben wir mit dem jetzigen Steuersystem eine Grundlage geschaffen, auf der ein gesunder Haushalt aufgebaut werden kann. Für das Jahr 1920 wird aus Steuern ein Ertrag von mehr als 37 1/2 Milliarden Mark erwartet. Das ist ein Betrag, der für sich allein schon die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes von etwa 34 1/2 Milliarden Mark fast völlig deckt. Die deutsche Regierung ist aber in der Besteuerung schon bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Dabei ist sie von der Erwägung geleitet, daß die Verminderung der Produktion vermieden werden muß, damit nicht etwa die Anstrengungen, die Reichseinnahmen zu erhöhen, zu dem gegenteiligen Ergebnis führen.

Sie werden fragen, ob bei der Aufstellung des deutschen Haushaltes auch mit der erforderlichen Sparpolitik verfahren ist, das heißt, ob die eingestellten Ausgaben wirklich notwendig sind. Wir können Ihnen versichern, daß die Reichsfinanzverwaltung ständig auf die Innehaltung der größten Sparsamkeit bedacht ist. Ihre Anstrengungen sind aber auf zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Lage gestoßen. Soweit Ausgaben infolge des Krieges und der Bedingungen des Waffenstillstands- und Friedensvertrages notwendig geworden sind, lassen sich Einsparnisse nicht erzielen. Allein für die beiden Rechnungsjahre 1919 und 1920 mußten die Kosten der Durchführung des Friedensvertrages mit 47 Milliarden Mark eingestrichelt werden. Die Unterhaltung des Reiches auf den bisherigen Standheraus erfordert weit größere Ausgaben als ein Heer auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. Alle diese Kosten sind von einem in seinen Grenzen und seinem Erwerbsleben wesentlich beschränkten Wirtschaftsförderer zu tragen. Auf der anderen Seite machten die Zustände der Ernährung und Kleidung, sowie die Entblühung des Landes von Rohstoffen eine sehr erhebliche Einbuße dringend erforderlich. Die allgemeine Steuererhöhung kam für Deutschland in einem ungewöhnlichen Maße zur Geltung durch die fast völlige Entwertung des deutschen Geldes. Auf die Ursachen des Zusammenbruchs der deutschen Valuta kann ich an dieser Stelle nicht eingehen. Es ist dies ein Teil des großen allgemeinen Problems, dem ein so hervorragender Platz in den Untersuchungen dieser Kommission eingeräumt wurde. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ohne Würdigung des Sturzes der deutschen Mark, der insbesondere seit einem Jahre eingetreten ist, die Entwertung der deutschen Reichsmünzen nicht zu verstehen wäre. Das Anwachsen aller Ziffern des vorliegenden Finanzberichtes erklärt sich in erster Linie dadurch, daß infolge der sprunghaften Entwertung der Reichsmark, die ihren vorläufigen Tiefstand im Februar und März dieses Jahres erreicht hat, alle Warenpreise in Deutschland um das Vielfache gestiegen sind. Löhne und Gehälter mußten entsprechend folgen. Dann sind auch die Reichsausgaben in einem Maße gewachsen, daß es nicht möglich war, mit der Vorsorge für entsprechende Einnahmen gleichen Schritt zu halten. Nur so ist auch der anscheinend unerklärliche Fehlbetrag der Reichseisenbahnen und der Post zu verstehen. Die deutsche Regierung, einge-

denkt des Grundzuges, daß zum mindesten alle Ausgaben der Regierungsbetriebe aus den Einnahmen dieser Dienstzweige gedeckt werden sollten, hat mehrmals die Tarife sehr wesentlich erhöht. Alle diese Tarife haben aber bei weitem nicht den Zweck erfüllt, die um ein Vielfaches gestiegenen Ausgaben dieser Betriebe zu decken. Mit der Entwertung der Mark im Auslande ist das Anwachsen des Papiergeldumlaufes in Deutschland in engem Zusammenhang. Die jetzige Schuld des Reiches von 240 Milliarden Mark setzt sich zum größten Teile, nämlich mit 142 Milliarden Mark aus schwebenden Verpflichtungen zusammen. Da der Betrag der neu eingeführten Steuern wegen der Schwierigkeiten in der Organisation und der Erhebung nur allmählich eintrifft, hat die Reichsregierung bislang für einen großen Teil des Geldbedarfes keine andere Maßnahme der Deckung gehabt als die Diskontierung von Staatsanleihen bei der Reichsbank. Ein gewisser Betrag dieser Staatsanleihen ist ferner durch das ersparte Kapital oder durch sonstige verfügbare Gelder aufgenommen worden, aber ein erheblicher Teil davon ist bei der Reichsbank verblieben, die infolgedessen den Papiergeldumlauf wesentlich erhöhen mußte. Mit den wachsenden Steuererträgen hoffen wir, die Notenerzeugung zum Stillstand zu bringen und dann auch der Falschverfälschung entgegenwirken zu können.

Trotz der bestehenden unerwünschten Verhältnisse haben wir jedoch Deutschlands finanzielle Lage nicht für verzweifelt. Wer unbefangene die Zustände prüft, wird finden, daß Deutschland allmählich zur Ordnung zurückkehrt, und daß erfreulicher Weise auch der Wille zur Arbeit überall im Lande sich wieder kräftig regt. Daraus schöpft die deutsche Regierung das Vertrauen, daß bei Beobachtung der größten Sparsamkeit das Land in der Lage sein wird, allmählich aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen wieder herauszukommen, insofern diese durch die Gegenwart der inneren Lage verursacht worden sind. Um aber wirklich wieder lebensfähig zu werden und die Wirtschaftsverhältnisse zu stabilisieren und den internationalen Verpflichtungen in verständiger Weise nachkommen zu können, muß Deutschland in seinem wirtschaftlichen Leben mindestens soweit gehoben werden, daß es an dem Weltverkehr wieder in aktiver Weise teilnehmen kann. Unser Ziel muß sein, mit dem enormen Kapital der deutschen Handelsbilanz aufzuräumen und eine erhebliche aktive Bilanz zu schaffen. Darin liegt die einzige Möglichkeit, die auf uns fallenden Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist eine ungeheure Aufgabe, zu deren Lösung die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands allein nicht ausreichen. Wir können das uns vorsetzende Ziel nur in verständnisvoller Zusammenarbeit mit allen Völkern, die auf eine Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in dem zerrütteten Europa oder vielmehr in der ganzen Welt hinarbeiten. Wenn wir aber mit der wirtschaftlichen Hilfe der Welt rechnen, so sind wir verpflichtet, zunächst volle Klarheit über unsere finanzielle und wirtschaftliche Lage zu schaffen. Nur eine umfassende und durchaus aufrichtige Darstellung der Tatsachen kann bei anderen Völkern für unsere eigenartige Lage und Vertrauen in den Ernst unserer Bemühungen erwecken. Dazu sind wir entschlossen, und in diesem Geiste hoffen wir, zu den Arbeiten der Konferenz beitragen zu können. Sie haben zu unserer Befriedigung bereits gestern in der allgemeinen Erörterung festgestellt können, daß unsere eigenen Ansichten über die Verhandlungen der zur Beratung gestellten Fragen durchaus mit den Grundzügen übereinstimmen, wie sie von den verschiedenen Delegierten der anderen Nationen vertreten worden sind. Sie werden, wie ich hoffe, aus dieser kurzen Ansprache ersehen haben, daß man auch in Deutschland gewillt ist, den in der gestrigen Aussprache vorgeschlagenen Grundlinien zu folgen, die zur Wiederherstellung der Ordnung und der öffentlichen Finanzen führen.

Die Vorbereitung einer Entschlüsselung.

Das Spezialkomitee der Finanzkonferenz hat gestern seine Arbeiten aufgenommen, um die bisherigen Ergebnisse der Erörterung in einer Entschlüsselung zusammenzufassen, die sodann einer Abstimmung der Vollversammlung unterliegen wird. Diese Entschlüsselung soll sich mit der Darstellung der öffentlichen Ausgaben, mit den staatlichen Befugnissen in Bezug auf Unternehmungen und mit der Darstellung der Minderheiten befassen. Die Entschlüsselung wird weiter sich mit der Frage beschäftigen, ob Steuern auf das Kapital und die Vermehrung der direkten Steuern anzuraten oder zu widerrufen sind. Sie wird voraussichtlich den Staaten empfehlen, ihre Anleihen einzuschränken, ihre auswärtige Schuld zu konsolidieren, und schließlich die Frage behandeln, ob die Beschränkungen des inneren und des auswärtigen Handels zu beseitigen oder aufrechtzuerhalten sind.

Die Kämpfe im Osten.

Generalkabbericht der polnischen Armee vom 27. 9. Südlich des Weipiel ist die Lage unverändert. Die Schlacht nördlich des Weipiel entwickelt sich für uns sehr günstig. Unsere Truppen nähern sich dem Fluß Scyara. Weiter nördlich überschritten unsere Truppen den Nemen. In den letzten Kämpfen machten wir 1800 Gefangene. Unsere Reiterei, die im Rücken des Feindes tätig war, erreichte das Gebiet nördlich von Lida.

Die Lage in Italien.

Der Ausschuss des italienischen Metallarbeiterverbandes veröffentlicht eine Mitteilung, die besagt, daß die allgemeine Abstimmung in 133 Abteilungen 127904 Stimmen für und 44531 Stimmen gegen das Abkommen von Rom bei 2008 Stimmenthaltungen ergeben habe. Da die wichtigsten Industrien von Ligurien, Neapel, Turin, Mailand und Florenz bereits abgestimmt haben, kann das Ergebnis nicht mehr geändert werden. Der Ausschuss fordert demgemäß dazu auf, daß die Arbeiter die Fabriken nach vollständiger Instandsetzung vom Montag ab räumen und die regelmäßige Arbeit spätestens am 4. Oktober wieder aufnehmen. Arbeiterausgänge werden den Industriellen die Fabriken wieder übergeben und Abmachungen über die Wiederaufnahme der Arbeit mit ihnen treffen. Aus Zeitungsnachrichten geht hervor, daß zahlreiche Fabriken bereits geräumt sind.

Die „Popolo d'Italia“ aus Neapel meldet, besetzten Mitglieder des Verbandes einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Stärke von 2000 Mann, die mit Gewehren bewaffnet waren und rote Fahnen trugen, die Domäne Cardiglio, die größte Domäne des königlichen Hauses.

Rußland beschuldigt England.

Wie das „Echo de Paris“ aus Christiania meldet, hat Tschischew an Litwinow eine drastische Nachricht übermittelt, die für Lord Curzon bestimmt ist. Darin wird erklärt, daß die Sowjetregierung in der letzten Mitteilung Curzons an Kamenev den Versuch sieht, um jeden Preis den Abschluß eines Übereinkommens zwischen England und Rußland zu vermeiden und die Wiederaufnahme der feindlichen Beziehungen zwischen England und Rußland auf unbestimmte Zeit unendlich zu machen. Die Rote Schloß: Die Sowjetregierung protestiert energisch gegen die Haltung der englischen Regierung der russischen Nation gegenüber, eine Haltung, die tatsächlich mit der Würde der russischen Regierung nicht zu vereinigen ist und die in der Behandlung der russischen Delegation in London zum Ausdruck kommt. Außerdem wird feierlich erklärt, daß die Anfang Juli mit England abgeschlossenen Übereinkommen als verleht angesehen werden. Die russische Regierung macht die englische Regierung dafür verantwortlich, ebenso für die Nichtwiederaufnahme der politischen Verhandlungen und der Wiederherstellung des Friedens zwischen den beiden Ländern.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Im Weihenstephaner Kommunistenprozess wurde der Hauptangeklagte Wischackis zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen die übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr verhängt. Alle Angeklagten, die nur durch den Angeklagten Galt belastet wurden, ferner drei Angeklagte, an deren Zurechnungsfähigkeit begründete Zweifel vorlagen, wurden freigesprochen. Vor der Urteilsverkündung führte der Vorsitzende aus, daß an der Zurechnungsfähigkeit des Gerichts nicht zu zweifeln war, da hier offenbar rein militärische Dinge zur Aburteilung kamen. Nicht nachgewiesen sei eine Zentralisation, etwa eine Reichszentralisation der Organisation, die hier angeklagt sei, ebensowenig sei ein Zusammenhang mit der R. V. D. nachgewiesen. Um einen militärischen Verband aber handele es sich zweifellos. Er sei in militärische Formationen eingeteilt gewesen, habe unter einheitlicher Führung gestanden und militärische Übungen abgehalten, das Schwitzen auf der Heimbahn und die vorgenommenen Märsche zeigten militärische Übungen dar. Vor allen Dingen seien die Angeklagten am Abend des 19. August militärisch vollkommen organisiert vorgegangen. Das Gericht habe also die Teilnahme an einem militärischen Verband angenommen. Die Tätigkeit von Lodigajew habe sich aus der Verhandlung nicht ergeben. Die Polizeibeamten hätten durchweg ruhig und besonnen gehandelt. Wischackis sei Führer und Seele des Unternehmens gewesen, doch habe das Gericht, da er unbetraut sei und keineswegs als schlechter Charakter gelten könne, sich nicht entschließen können, die beantragte Jugendstrafe zu verhängen.

Deutschland und der Völkerbund. Aus London wird gemeldet: Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten in London, David, erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Newport-Times“, daß Österreich, Ungarn und Deutschland in nächster Zeit in den Völkerbund aufgenommen werden.

Frankreichs Ziele in Oberschlesien. Wie das „Berl. Tagebl.“ aus Rom meldet, veröffentlicht „Idea Nazionale“ ein Telegramm ihres Berliner Vertreters, wonach England dem Vizepräsidenten in Paris den Vorschlag unterbreitet habe, die ober-schlesischen Garnisonen sollten gleichmäßig aus Franzosen, Engländern und Italienern bestehen. Frankreich habe abgelehnt, da es nur französische Truppen in Oberschlesien verwannt wissen wolle. Die von Frankreich verbotenen Ziele, sagt „Idea Nazionale“, erfahren dadurch eine neue Bestätigung.

Ueber den Aufstieg der Sozialdemokratie teilt der „Vorwärts“ mit, daß auch im vergangenen Jahre nach dem stürmischen Wachstum der Parteioffiziation in den ersten Monaten der Revolution immerhin noch eine ansehnliche Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen sei. Die Partei zähle jetzt 1180208 Mitglieder. Die Zahl der Parteiblätter stieg im letzten Jahre von 95 auf 147.

Rumänien.

Romansia eine englische Flottenbasis? Wie der „Telegr. Union“ gemeldet wird, will man in Rumänien von einem Plane Englands Kenntnis erhalten haben, aus Romansia eine englische Flottenbasis zu machen. Die rumänische Presse ist über diese angebliche Absicht Englands sehr aufgeregt.

England.

Das Kanal-tunnel-Projekt gescheitert. Der Plan einer Verbindung Englands und Frankreichs durch eine Untertunnelung des Kanals kann für absehbar Zeit als gescheitert betrachtet werden. Wie die „Telegraphen-Union“ erklärt, ist nämlich die zur Ausarbeitung der Tunnelpläne gebildete englische Militärkommission aufgelöst worden, und damit die Inangriffnahme des bedeutamen Werkes fürs erste aufgegeben.

Amerika.

Nothilfsgesetz. Der Senat des Staates New York nahm ein Nothilfsgesetz an, durch das 100000 für den 1. Oktober geltende Wohnungskündigungen aufgehoben werden. Die Hoffnungen der Antialkoholiker. Der 15. internationale Antialkohol-Kongress in Washington hat Delegierte von mehr als 20 Staaten vereinigt. Es herrscht große Begeisterung. Sämtliche Delegierten waren der Ansicht, daß keine 50 Jahre vergehen werden, bis die ganze Welt trocken sei.

Die bolschewistische Propaganda. Die „Chicagoer Tribune“ meldet: Der frühere russische Sekretär Schewach wurde vorgestern in Chicago vor Gericht vernommen. Es wurde aus den bei ihm beschlagnahmten Papieren festgestellt, daß die Moskauer Regierung mit etwa 50000 amerikanischen Radikalen Beziehungen unterhalten hat und daß von Moskau aus riesige Geldsummen zur Propagandawerben nach Amerika geschickt worden sind. Wie aus den Papieren hervorgeht, sind allein 50000 Doll. nach Chicago geschickt worden.

Vermischtes.

Gräßliche Mordtat. Die „Vorder Zeitung“ meldet: Montag früh wurde auf ihrer kleinen Weisung in Schloßhorn bei Post die sozialdemokratische Stadtorordnete Frau Therese Scholz im Bette ermordet aufgefunden. Ihr Schädel war durch einen Beilblieb gespalten, das Bett mit Petroleum übergossen und angezündet. Gesicht und Oberkörper waren bereits verfault. Als Täterin wurde die frühere Oberlehrerin des Lyzeums aus Post, Fräulein Thiele, die in einem Zimmer neben der Getöteten wohnte, ermittelt. Die Thiele bestritt die Tat und gibt an, daß eine Kampfplosion vorliege. Nachträglich wurde hinter einem Holzkloß ein blutbesetztes Beil aufgefunden. Die

